

Aus dem Kanzlerversprechen nach der Vereinigung Deutschlands, es werde keinem schlechter gehen, aber vielen besser, können die Bundesbürger keine gerichtlichen Ansprüche herleiten. Das gelte auch für einen Rundfunkhörer, der sich darüber beschwert hatte, daß er mit der Abschaffung des ‚Ostfernsehens‘ ein Programm weniger empfangen könne, hieß es in einem Beschluß des Berliner Verwaltungsgerichts von gestern (Az.: VG 1 A 187/91). Der Kläger hatte sich darüber beschwert, daß er in dem früheren Ost-Programm jetzt fast immer das gleiche wie im West-Programm sehe. Ihm gehe es nach der Vereinigung dadurch viel schlechter, weil er trotz gleichbleibender Fernsehgebühren nun ein Programm weniger empfangen.

(Ohne Autor 1992 (2) o. S.)

6 Schlusswort

Die Ansichten über die Programme der elektronischen Medien der DDR und die Bilanz ihrer Auflösung sind gespalten. Jürgen Schwarz, Vorsitzender des Medienausschusses der Volkskammer, berichtet, dass er nach einer Fernsehsendung zu diesem Thema rund 600 Zuschriften erhalten habe. Zwei Drittel der Absender würden die Zerschlagung der gesamten Fernsehanstalt in Adlershof fordern, ein Drittel sprächen sich für einen unbedingten Erhalt des Senders aus (vgl. Schwarz 1990 o. S.). Der Rundfunkbeauftragte Rudolf Mühlfenzl zieht eine positive Bilanz seiner Arbeit – in der er die Tatsache, 10.000 Mitarbeiter entlassen zu müssen, nicht ausspart. „*Es ist in einem sehr knappen Zeitraum von nur 15 Monaten seit Inkrafttreten des Einigungsvertrags gelungen, die Weichen für einen Neubeginn in der ostdeutschen Medienlandschaft zu stellen*“ (Mühlfenzl in Becker, Lerche, Mestmäcker 1994 S. 445; vgl. auch Kotsch 1991 (6) o. S.).

In den verschiedenen Bilanzen der Rundfunkneuordnung werden die differierenden Standpunkte der jeweils Bilanzierenden deutlich. Viele Kritiker der Neuordnung argumentieren auf einer inhaltlichen Ebene und bemängeln die Unzulänglichkeiten des Programms, das durch die Vereinigungsumbrüche keine neuen Impulse erhalten habe. Andere erwarten eine grundlegende Veränderung der Verhältnisse und sehen vor allem die ausbleibende Reform westdeutscher Rundfunkstrukturen als größtes Versäumnis der Rundfunkwende. Für Rudolf Mühlfenzl ist es am wichtigsten, zunächst eine funktionierende und stabile Ordnung zu schaffen, auf deren Grundlage sich inhaltliche und strukturelle Reformen entfalten können. Für ihn ist die einzige verfassungsgemäße Möglichkeit, den Rundfunk zu organisieren, das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem Westdeutschlands. An dem Aufbau dieses Systems wirkt er in seiner Zeit im BAYERISCHEN RUNDFUNK mit, in diesen Strukturen arbeitet er über 30 Jahre. Deshalb ist es aus der Sicht des Rundfunkbeauftragten verständlich, dass er dieses System auch in den fünf neuen Bundesländern implementieren will. Der Erfolg dieser Rundfunkordnung ist – unabhängig vom Grad seiner Beteiligung – auch sein Erfolg.

Es wird durch meine Arbeit deutlich, dass Erlebtes und Erinnerung der Akteure und Zeitzeugen sich von den veröffentlichten Inhalten unterscheiden. In den Artikeln und Aufsätzen der Zeit artikulieren sich die ‚Verlierer‘ der Rundfunkneuordnung: jene, die durch die Auflösung der EINRICHTUNG an Macht und Einfluss oder ganz einfach ‚nur‘ ihren Job verlieren. Zorn und Wut richten sich gegen den Leiter der EINRICHTUNG, den Rundfunkbeauftragten Rudolf Mühlfenzl. Damit treffen sie aber nur den Prügelknaben, der in dieser Funktion die Auflösung des Rundfunksystems der DDR durchführen soll. Die Zahl der Akteure, die an der neuen Rundfunkordnung arbeiten, ist verhältnismäßig klein. Sie können weit gehend unbehelligt von öffentlichen Protesten an der neuen Rundfunklandschaft arbeiten. Sie können sich als Hoffnungsträger für neue Arbeitsplätze und Programmveranstaltungen positiv vom ‚Auflöser‘ Mühlfenzl absetzen. Auf diese Weise verwirklichen die Akteure eine föderale Rundfunkordnung in den neuen Ländern, die unbelastet ist von Lasten der Vergangenheit – seien sie politischer, technischer oder finanzieller Art. Gleichzeitig nehmen die Politiker in den Ländern die Möglichkeit wahr, ihre politischen und gesellschaftlichen Vorstellungen und Einflussmöglichkeiten in den neuen Landesrundfunkanstalten zu verwirklichen.

In der öffentlichen Sicht der EINRICHTUNG spielt der Ost-West-Konflikt eine große Rolle. Der westliche – noch dazu bayerische und CSU-nahe – Rudolf Mühlfenzl wird an die Spitze der elektronischen Medien der DDR gesetzt. Er umgibt sich mit einer handvoll westlicher Berater und geht daran, die EINRICHTUNG zu verkaufen, Programme einzustellen und alle Beschäftigten zu entlassen. Dadurch entsteht das Bild einer Bruchstelle zwischen dem ‚Kopf‘ der EINRICHTUNG, der großen Masse der Mitarbeiter und der noch größeren Zahl von Zuschauern und Zuhörern. Dieses Bild lässt sich sehr gut in der veröffentlichten Meinung darstellen, zumal es in die gesamtgesellschaftliche Situation passt: Die erheblichen wirtschaftlichen Probleme in der Folge der Vereinigung mit Betriebsschließungen und Arbeitslosigkeit führen zu einem Stimmungsumschwung in den neuen Bundesländern. Aus Sicht der Akteure ergibt sich aber eine ganz andere Schnittstelle, die wenig mit der öffentlichen Sicht der Dinge zu tun hat. Unabhängig von politischer oder geographischer Herkunft spielt die Zuordnung des Rundfunks eine viel größere Rolle. Das angestrebte Ziel ist die Föderalisierung des zentralistischen Rundfunksystems der DDR. Alle Schritte, die Rudolf Mühlfenzl zur Auflösung der EINRICHTUNG und zur Überführung von Programmbestandteilen, Technik, Personal oder Finanzen in die neuen Anstalten der Länder unternimmt, dienen diesem Ziel. Die Maßnahmen an sich werden von einzelnen Akteuren höchstens beiläufig oder in ihrer formalen Ausgestaltung kritisiert. Es herrscht Einigkeit darüber, die zentrale Organisation abzubauen. Der Bund soll in der Rundfunkneuordnung außen vor bleiben. Stattdessen sollen die Länder einen großen Freiraum erhalten, in dem sie an ‚ihrer‘ neuen Rundfunklandschaft arbeiten können. Unstimmigkeiten und Differenzen gibt es zwischen den Akteuren in Fragen der notwendigen Geschwindigkeit oder der Ausgestaltung der neuen Ordnung.

Diese Sichtweise der EINRICHTUNG und der Arbeit des Rundfunkbeauftragten reduziert beide auf einen funktionalen Charakter. Es gibt in der Literatur bisher sehr wenig Ansätze, diesen Teil der EINRICHTUNG darzustellen. In diesem Bild steht der Rundfunkbeauftragte nicht als Handelnder, sondern als Handlanger anderer Interessen. Das ist eine sehr theoretische Darstellung.

Gleichzeitig darf man nicht vergessen, dass Mühlfenzl für dieses Amt ausgewählt wird, weil die Verantwortlichen davon ausgehen, dass er dieser Position einen sehr persönlichen und temperamentvollen Stempel aufdrücken wird. Das machen viele seiner Entscheidungen und Maßnahmen deutlich: seine Bemühungen um ein qualitatives Fernseh- und Hörfunkprogramm des EINRICHTUNGS-Rundfunks, seine Maßnahmen, um die sozialen Härten der Massentlassungen durch Fort- und Weiterbildung oder wenigstens mit großzügigen Abfindungen abzufedern, und nicht zuletzt sein kulturelles Engagement für Orchester, Chöre und kleinere kulturelle Ensembles der EINRICHTUNG.

In dem gesamten Prozess der Rundfunkwende und -neuordnung kommen viele wichtige Fragen zu kurz. In der gesamten Entwicklung dominieren wirtschaftliche und finanzielle Aspekte und Notwendigkeiten. Inhaltliche Fragen werden zwar gestellt, spielen aber in Entscheidungen der Verantwortlichen kaum eine Rolle. Eines der wesentlichsten Versäumnisse in diesem Zusammenhang ist die misslungene integrative Funktion des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im Prozess der Vereinigung und in den ersten Jahren danach. Durch eine andere Organisation des Rundfunks, die sich stärker an der Ost-West-Integration orientiert, hätte der gesellschaftliche Prozess des Zusammenwachens der neuen und alten Bundesländer erheblich verbessert werden können. Die Chance, dass Journalisten in den Redaktionen voneinander lernen, sich ihre Geschichten erzählen und dieser Austausch zur Grundlage des Programms wird, ist vertan. Es gibt keinen Innovationsschub in den Programmen. Das ARD-Programm wird um ein paar östliche Tupfer bereichert, verliert aber nicht sein Gesicht. Es gibt gute und nachvollziehbare Gründe, warum es nicht zu grundlegenden Reformen kommt: Zum einen herrscht ein striktes Diktat der Zeit. Die Frist für die Auflösung der EINRICHTUNG ist so eng gesetzt, dass schon der Aufbau herkömmlicher Rundfunkanstalten in Struktur und Programm eine schwierige Aufgabe ist, die mehr als einmal zu scheitern droht. Grundsätzliche Reformen der gesamten ARD würden wahrscheinlich den gegebenen Zeitrahmen vollends sprengen und die Auflösung der EINRICHTUNG verschieben. Daran hat niemand ein Interesse. Die EINRICHTUNG wird als Übergangslösung von der zentralistischen zur föderalen Ordnung in dem Moment zur Belastung, in dem die Länder handlungsfähig sind. Es sind vor allem die Länderakteure, die eine termingerechte Auflösung zum 31. Dezember 1991 anmahnen – koste es, was es wolle. Aus verschiedenen Gründen will niemand – weder Bund noch Länder – an diesem Termin rütteln.

Zweitens ist die Zahl der Akteure, die an der Rundfunkneuordnung arbeiten, eher gering: Ihre Kompetenzen im schwierigen Verhältnis zwischen Rundfunkzentrale, Bund und Landesregierungen sind oft nicht genau zu definieren und unklar. Initiativen werden zwischen den unterschiedlichen Kräften und Interessen aufgerieben. Drittens gibt es eine große Anzahl von Akteuren und Verantwortlichen, die sich dezidiert gegen Reformen aussprechen und diese nicht im Rahmen der Rundfunkwende für richtig oder notwendig halten. Wie der Rundfunkbeauftragte Mühlfenzl sehen sie in dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik genau das: einen Bei-Tritt. Sie sehen keinerlei Notwendigkeit, bundesrepublikanische Positionen infrage zu stellen, nur weil sich der Geltungsbereich des Grundgesetzes ausweitet und fünf neue Bundesländer der föderalen Gemeinschaft beitreten. Von dieser Seite ist für eine grundlegende Reform der ARD oder anderer Bereiche des Rundfunksystems keine Unterstützung zu erwarten.

Was jetzt noch fehlt: Auf der anderen Seite der ehemaligen Mauer kämpfen viele Journalisten und Programmierer damit, dass ihnen politischer Inhalt und Ziel ihrer Arbeit genommen ist. Nicht viele von ihnen unterstützen den real existierenden Sozialismus, in der Ausprägung, wie ihn die SED in der DDR verwirklicht. Aber viele äußern Erwartungen an eine neue Ordnung wie der Medienwissenschaftler Heinz Odermann: *„Freie Medien im Rahmen einer sozialistischen Verfassung ohne das Machtwort einer allwissenden Partei“* (Odermann in Lojewski, Zerdick 2000 S. 328; vgl. auch Reck 1996 S. 254; Selbmann 1998 S. 473). Sehr viele Mitarbeiter in den Medien sind zwar mit den Verhältnissen nicht zufrieden. Sie können sich aber auch nicht ganz den Idealen der Ideologie entziehen: *„Sozialismus, das war nie ganz verschlissen, trotz aller Perversion“* (Dieckmann 1991 (2) S. 3). Diese Ideale beschreibt der langjährige Moderator im Fernsehen der DDR, Günter Herlt, mit den folgenden Worten, die ich an den Schluss meiner Arbeit stelle. Ich denke dabei nicht zuletzt auch an die Eindrücke und Bilder der Nachrichten der letzten Monate, die meine Arbeit überschattet haben:

Dabei war der gehabte feudalabsolutistische Staatssozialismus nicht das Ziel. Das Ziel bleibt auch nach jeder ‚Tagesschau‘: Mehr Friedfertigkeit, mehr Gerechtigkeit, mehr Menschlichkeit, mehr Naturverbundenheit. Vielleicht war es das falsche Jahrhundert, aber nicht die falsche Idee. Dann war auch kein Schritt umsonst. Gehören auch Niederlagen in die Schatzkammer der Erfahrung.

(Herlt 1995 S. 17)